

Antrag

**der Abgeordneten Andreas Grutzeck, Birgit Stöver, Silke Seif, Dr. Anke Frieling,
Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

Betr.: Zusammenwachsende Stadt – Verschwörungstheorien durch Vermittlung von Werten und Wissen den Nährboden entziehen

Fake News dominierten gestern, heute gefährden Verschwörungstheorien den Zusammenhalt der Gesellschaft. Und so sinnvoll der CDU-Antrag „Zusammenwachsende Stadt – Innovative Formate der politischen Bildung speziell für berufstätige Erwachsene entwickeln“ (Drs. 21/19952) im Januar 2020 noch war, so hat ihn die Zeit, genauer gesagt die Corona-Pandemie, bereits innerhalb eines Jahres zum Zwischenschritt auf dem Weg einer notwendigen neuen Aufklärung werden lassen.

„Demokratie braucht politische Bildung“, so die Aussage der Landeszentrale für politische Bildung, die selten so wahr war wie heute. Zwar bekommen junge Menschen in der Schule Grundlagen vermittelt, doch im Laufe des Lebens geraten diese in Vergessenheit, sodass Erwachsene stärker als bisher in den Fokus gerückt werden müssten. Stattdessen hat der Senat ab dem Jahr 2019 die Mittel für diese Altersgruppe sogar gekürzt (Drs. 21/14367). Doch während bis Frühjahr 2020 mit den klassischen Präsenzveranstaltungen noch einige, vor allem ältere Hamburger erreicht werden konnten, haben die Kontaktbeschränkungen infolge der Corona-Pandemie diese nun vorerst massiv eingeschränkt, beziehungsweise aktuell sogar unmöglich gemacht. Es müssen neue, digitale Formate für ein breites Publikum zugänglich gemacht werden.

Diese stehen allerdings gleich vor mehreren Herausforderungen. Erstens müssen sie auf die neue Entwicklung eingehen, dass es im Rahmen der Corona-Pandemie weniger absolute Wahrheiten zu verkünden gibt. Dass die Erde keine Scheibe ist, ist wissenschaftlich ausreichend belegt. Bei der Corona-Pandemie gibt es diese wissenschaftlichen Belege in vielen Bereichen jedoch noch nicht. Daher muss die Politik auf Sicht fahren, was bedeutet, dass viele Maßnahmen vor allem auf Annahmen basieren. Allerdings verfolgen sie Ziele, die wiederum auf ideellen Werten basieren. Die zweite Herausforderung ist, diese Werte so zu kommunizieren, ohne dass sie den Umfang einer philosophischen Vorlesung erreichen. Dass Ziele und Werte geistreich mit Wortwitz und Aha-Effekt vermittelt werden können, ist durchaus möglich. Auch wenn der Bereich der politischen Bildung durchaus tiefgreifende Ziele und Werte zu vermitteln hat, so liefern die zwei Videos „Arbeitsbedingungen“ und „Misstrauensvotum“ der Landeszentrale auf YouTube durchaus erste Anknüpfungspunkte. Doch um weitere pointierte Videos oder vergleichbare Kampagnen zu produzieren und zu verbreiten, benötigt die Landeszentrale zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein Konzept zu erstellen, wie im Bereich der politischen Bildung innovative, digitale Formate in Zeiten der Corona-Pandemie die Hamburger erreichen können;

2. hierin speziell auf die Vermittlung von Zielen und Werten im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie Bezug zu nehmen und hierbei auch bewusst Verschwörungstheorien aufzugreifen und diese zu entlarven;
3. die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2021 Bericht zu erstatten.